

Antrag D-6**Jusos Bezirk Hannover****Der Bezirksparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme****Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur**

1 An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag,
 2 versucht in Halle ein rechtsradikaler Attentäter die
 3 Synagoge zu stürmen, um Jüd:innen zu töten. Der
 4 Versuch scheitert an der Tür der Synagoge, später tö-
 5 tet der rechtsradikale Attentäter eine Passantin und
 6 den Gast eines Döner-Imbisses. Nicht zuletzt dieser
 7 erschreckende Höhepunkt antisemitischer Gewalt –
 8 in diesem Fall ausgehend von militanten, vernetz-
 9 ten, rechten Strukturen in Deutschland – legt klar
 10 dar, was Jüd:innen schon lange in Richtung Sicher-
 11 heitsbehörden, aber auch in die Politik kommunizie-
 12 ren: Antisemitismus ist keine abstrakte Bedrohung,
 13 sondern nimmt ganz konkret gewaltvolle Formen
 14 an, die eine Bedrohung für jüdisches Leben darstel-
 15 len. Antisemitismusbeauftragte, die für die Gefah-
 16 renlage sensibilisieren und sich auch gegen latenten
 17 Antisemitismus einsetzen, sind daher unerlässlich.
 18 Da die Aufgaben von Antisemitismusbeauftragten
 19 oft Bereiche umfassen, die auch die Länder in ihren
 20 Aufgaben, u.a. in der Bildungspolitik, betreffen,
 21 müssen in allen Bundesländern entsprechende
 22 Stellen eingerichtet werden. Antisemitismusbeauf-
 23 tragte fehlen derzeit in Bremen, Hamburg und
 24 Schleswig-Holstein. Hier müssen entsprechende
 25 Stellen eingerichtet werden. Es sollte außerdem ein
 26 enger Austausch zwischen den Antisemitismusbe-
 27 auftragten der Länder und dem Antisemitismus-
 28 beauftragten des Bundes stattfinden. Um die po-
 29 litische Wichtigkeit der Antisemitismusbeauftrag-
 30 ten zu unterstreichen und einen gewissen Hand-
 31 lungsspielraum einzuräumen, sollte eine Aufwer-
 32 tung vom Ehrenamt zum Hauptamt erfolgen. Die
 33 Antisemitismusbeauftragten sollten eine Vergü-
 34 tung sowie eine entsprechende strukturelle Aus-
 35 stattung erhalten. Dabei denken wir an Mitarbei-
 36 tende und ein angemessenes Arbeitsumfeld sowie
 37 eigene finanzielle Budgets. Die Antisemitismusbe-
 38 auftragten der Länder und im Bund sollten nicht
 39 im Bereich Inneres angesiedelt sein. Verständlicher-
 40 weise bestehen nach wie vor Berührungspunkte
 41 gegenüber deutschen Sicherheitsbehörden inner-
 42 halb jüdischer Gemeinden. Das ist vor allem auch
 43 auf die Aufdeckung rechter Strukturen, beispiels-

Adressat:

Bundesparteitag und
 Bezirksvorstand (Arbeitskreis Prävention gegen
 Rechtsextremismus)

44 weise mit Blick auf den NSU, innerhalb der Poli-
45 zei zurückzuführen. Von Antisemitismus Betroffene
46 nehmen die Sicherheitsbehörden oft nicht als
47 schützende Exekutive wahr. Da Arbeit gegen Antise-
48 mitismus vor allem auch Arbeit im Bereich der politi-
49 schen und schulischen Bildung ist, erscheint uns da-
50 her eine Ansiedlung im Bereich Kultus wünschens-
51 wert. Abschließend wünschen wir uns eine höhe-
52 re Sichtbarkeit von jüdischen Personen im öffent-
53 lichen Leben. Wir wollen aktiv jüdische Stimmen zu-
54 Wort kommen lassen, da diese am besten erfassen
55 können, was es bedeutet antisemitischen Vorurtei-
56 len und Drohungen ausgesetzt zu sein. Wir fordern
57 die politisch Verantwortlichen daher auf, die Stel-
58 len der Antisemitismusbeauftragten bevorzugt mit
59 Menschen mit jüdischem Hintergrund zu besetzen.

60

61 Was wir konkret fordern:

- 62 • Mindestens eine:n ständigen Antisemitis-
63 musbeauftragte:n auf Bundesebene
- 64 • Die Verankerung von mindestens einer Anti-
65 semitismusbeauftragten / einem Antisemitis-
66 musbeauftragtem in allen Bundesländern
- 67 • Die Antisemitismusbeauftragten sollen nach
68 Möglichkeit im Bereich Kultus angesiedelt
69 sein
- 70 • Die Überführung dieser Ämter vom Ehrenamt
71 zum Hauptamt mit einer entsprechenden Ver-
72 gütung und einer angemessenen strukturel-
73 len Ausstattung
- 74 • Die bevorzugte Einstellung von Menschen mit
75 jüdischem Hintergrund im Rahmen von Neu-
76 besetzungen oder Neueinrichtungen von Stel-
77 len der Antisemitismusbeauftragten.